

Deutschland begeht Selbstmord

Ich stimme allerdings nicht mit J.D. Vance überein, dass dies ein zivilisatorisches Problem ist. Mehr Menschen, weniger Deutsche, weniger Handlungsspielraum und kein Wachstum – das ist der Giftcocktail, den J.D. Vance offengelegt hat.



22. April 2025 | Ian Proud

US-Vizepräsident JD Vance behauptet, Europa stehe vor einem zivilisatorischen Selbstmord, wobei er insbesondere auf Deutschland verweist. Ich bin ein Befürworter der Wirtschaftsmigration, aber nicht, wenn dies unkontrolliertes Bevölkerungswachstum in einer Zeit des wirtschaftlichen und demografischen Niedergangs bedeutet. Vance hat nicht ganz unrecht.

In einem Interview mit Fox News sagte Vizepräsident Vance kürzlich: „Wenn ein Land wie Deutschland noch ein paar Millionen Einwanderer aus Ländern bekommt, die kulturell völlig unvereinbar mit Deutschland sind, dann ist es egal, was ich von Europa halte, Deutschland wird sich selbst umbringen.“

Angesichts des Völkermords an den amerikanischen Ureinwohnern durch die europäischen Siedler liegt in dieser Aussage eine gewisse Ironie. Amerika, die größte Volkswirtschaft der Welt, wurde auf den Schultern von Migranten aufgebaut, wie Vance fairerweise anmerkt.

Ich bin nicht der Meinung, dass Einwanderung, insbesondere Wirtschaftsmigration, unbedingt schlecht ist. Größere Bevölkerungen bringen größere Volkswirtschaften hervor. Mehr Menschen erzeugen mehr Aktivität. Das ist ein Grund, warum China heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist.

Der Aufschwung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist zum Teil auf den großen Zustrom deutschstämmiger Migranten aus anderen Teilen Europas zurückzuführen. Auch andere Faktoren

spielten eine Rolle, darunter das Gastarbeiterprogramm, das ausländische Wanderarbeiter aus Ländern wie der Türkei anlockte.

Deutschland ist das bevölkerungs- und wirtschaftsstärkste Land der EU und liegt mit einigem Abstand vor Frankreich. Die Einwanderung war in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gut für Deutschland.

Aber Deutschland ist nicht mehr das Wirtschaftswunder und das Leuchtfeuer einer soliden Wirtschafts- und Währungspolitik, in dem ich in den siebziger Jahren aufgewachsen bin. Jetzt ist es wohl der kranke Mann Europas.

Nach einer mäßigen Erholung von der globalen Finanzkrise im Jahr 2009 stagniert das Wirtschaftswachstum in der Eurozone vor allem seit Beginn des Krieges in der Ukraine.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Bevölkerung Deutschlands zwischen 2014 und 2022 um 2,9 Millionen Menschen gewachsen. Das hat offensichtlich kein wirtschaftliches Wachstum ausgelöst, denn die meisten sind Flüchtlinge, die vor dem Konflikt in Syrien und zuletzt in der Ukraine geflohen sind.

Und in diesem Zeitraum ging die Zahl der gebürtigen Deutschen um fast 1,5 Millionen Menschen zurück. Der Anteil der Deutschen an der Bevölkerung liegt heute bei 72 Prozent, und diese Zahl wird im Laufe der Zeit sinken. Eine Prognose, wonach die Bevölkerung Deutschlands bis 2070 auf 90 Millionen Menschen anwachsen wird, beruht ausschließlich auf Zuwanderung, wobei die deutsche Rumpfbevölkerung altert, so dass sich die Deutschen im erwerbsfähigen Alter in der Minderheit befinden könnten. Es gibt keinen langfristigen Plan, um die deutsche Bevölkerung wieder aufzufüllen, da deutsche Frauen nur 1,35 Kinder pro Frau zur Welt bringen und 20 Prozent der Frauen kinderlos bleiben.

Die Zuwanderung nach Deutschland treibt also nicht das Wirtschaftswachstum an, und es ist nicht klar, ob es einen Plan gibt, dies in Zukunft zu tun. Vielmehr frisst sie den Wohlstand der einfachen Deutschen auf, insbesondere im Osten. Hinzu kommen die unhaltbaren Energiepreise in Europa, die durch den ideologischen Drang zur Nettonullrunde und die Kürzung der Öl- und Gaslieferungen aus Russland verursacht werden. Hinzu kommen enorme Steuerausgaben zur Unterstützung des nicht enden wollenden Krieges in der Ukraine und der Wiederaufrüstung, die die Sozialausgaben für die notleidenden Deutschen kürzen werden.

Niemand im deutschen Regierungsapparat scheint sich auf die heilige Dreifaltigkeit der strategischen Interessen zu konzentrieren: nationale Sicherheit, wirtschaftlicher Wohlstand und die Sicherheit der Bürger. Die Einwanderung ist zum Ziel geworden.

Das wäre nicht unbedingt ein Problem, wenn sich die neuen Einwanderer integrieren und eine eindeutig deutsche Identität entwickeln würden.

Einwanderung in Großbritannien

Es gibt keine spezifisch britische Ethnie. Während es in den vier Ländern des Vereinigten Königreichs eigene ethnische und sprachliche Gruppen gibt, hat Großbritannien im Laufe der Jahrhunderte Wellen ausländischer Invasion aus den nordischen Ländern und aus Frankreich erlebt.

In den späten 1940ern begann die Einwanderung aus Westindien, in den Siebzigern waren es Gujurati-Inder, ab 2000 Polen im Zuge der europäischen Expansion (von denen viele inzwischen zurückgekehrt sind, da Polen selbst sich als demokratische und wohlhabende Nation wieder aufgebaut hat). Der Prozess der Assimilierung war nicht immer einfach, und es gibt auch heute noch Vorurteile. Aber man kann heute kaum behaupten, dass die Einwanderung ein Grund für das geringe Wachstum ist.

Vance irrt, wenn er von Einwanderung in zivilisatorischen Begriffen spricht und gleichzeitig die Ukraine kritisiert, die in den letzten zehn Jahren einen deutlichen Sprung in Richtung Ultrationalismus gemacht hat, auch durch die Diskriminierung von ethnischen und sprachlichen Minderheiten.

Es gibt keine reine, eindeutig amerikanische Ethnie, sondern nur eine amerikanische Identität, die auf dem amerikanischen Traum beruht.

Aber wovon sollen die Deutschen heute träumen?

Deutschland ist heute wohl der kranke Mann Europas, mit einem anämischen Wachstum, das mit einer rasanten Deindustrialisierung konfrontiert ist, mit einer wachsenden Bevölkerung von Menschen, die nicht deutsch sind und die sich nicht alle assimilieren und eine deutsche Identität annehmen wollen.

Und hier hat JD Vance ein gutes Argument. Die deutschen Regierungen haben seit 2014 schlechte politische Ideen vorangetrieben, darunter Massenmigration, Wirtschaftssanktionen, eine schwache Energie- und Industriepolitik, zusammengehalten von den Mainstream-Medien, die jeden Widerspruch ersticken.

Mehr Menschen, weniger Deutsche, weniger Handlungsspielraum und kein Wachstum ist der giftige Cocktail, den J. D. Vance aufgedeckt hat.

Deutschland importiert Migranten, um dann wirtschaftlich stillzustehen, und schürt damit einen politischen Rechtsruck. Nachdem die Alternative für Deutschland bei den jüngsten Wahlen in Deutschland 20,8 Prozent der Stimmen erhalten hat, stellt sich die Frage, ob sie die größte politische Partei in Deutschland werden wird.

Im Moment scheint das Phänomen der AfD eher ein ostdeutsches Phänomen zu sein, als ein landesweites. Migration ist ein viel größeres Problem im wohlhabenderen Westen des Landes, wo die Bevölkerung langsamer altert, weil Migranten im Durchschnitt mehr Kinder zur Welt bringen. Der Anstieg der Popularität der AfD ist also nicht unbedingt auf eine Zunahme der Migranten in Ostdeutschland zurückzuführen, sondern vielleicht auf das wachsende Gefühl, dass die Zuwanderung im Westen den Osten in der bröckelnden Wirtschaftsordnung Deutschlands weiter zurücklässt.

Die übermäßige Abhängigkeit Deutschlands von Zuwanderern hat natürlich noch weitere Auswirkungen. Angesichts der überragenden Rolle Deutschlands bei der Beeinflussung der EU-weiten Entscheidungsfindung fühlen sich die ethnisch weniger vielfältigen Länder Mitteleuropas von einer Politik angegriffen, die von nicht gewählten Eurokraten festgelegt wird und die blind dafür ist, dass die unkontrollierte Einwanderung ihre Interessen beeinträchtigt.

Länder wie Ungarn werden als rechtslastig abgestempelt, weil sie sich gegen die Masseneinwanderung wehren, obwohl die Geschichte dem Land mehrere ethnische und sprachliche Gruppen beschert hat. Ungarn ist jedoch ein Beispiel für ein Land, das sich für nachhaltigere Wege zur Sicherung eines langfristigen Bevölkerungswachstums einsetzt, und zwar durch äußerst großzügige Steuererleichterungen für Mütter, die zwei und mehr Kinder haben.

Ungarn steht auch an der Spitze einer wachsenden Zahl mitteleuropäischer Staaten, die darauf hinweisen, dass der fast vollständige Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland den wirtschaftlichen Niedergang weitaus aggressiver vorangetrieben hat als die längerfristigen demografischen Herausforderungen. Dass der Import von einer Million ukrainischer Flüchtlinge einen schädlicheren politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf Deutschland hatte als die Suche nach einem Ende des Krieges mit Russland.

Dahinter verbirgt sich eine einfache Wahrheit: Die Argumente für die Wirtschaftsmigration sind überzeugender, wenn die Wirtschaft eines Landes stark ist. Die deutsche Wirtschaft ist heute schwach. Die Entscheidungsträger in Berlin haben das strategische Kerninteresse ihres Landes aus den Augen verloren.

Anstatt, wie Keir Starmer in Großbritannien, die gleiche alte Pro-Kriegs- und Pro-Vertreibungspolitik neu zu verpacken, sollte sich der neue Bundeskanzler Merz auf die strategischen Kerninteressen Deutschlands konzentrieren. Dazu gehören die Beendigung des Krieges in der Ukraine, die Rückführung von Flüchtlingen und die Wiedereröffnung der Grenzen für Handel und Investitionen in der eurasischen Nachbarschaft. Ohne diese Maßnahmen wird Deutschland auf seinem selbstmörderischen Weg bleiben.